

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1 RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 805, KL. 2971, 2972, 2973, 2974

CHEFREDAKTEUR: WILHELM ADAMETZ - FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: DR. HELMUT JUNKER

Donnerstag, 21. September 1967

Blatt 2648

Vizebürgermeister Felix Slavik:

Rathaus-Koalition soll aufrecht bleiben
=====

Interview in der "Stadt Wien" anlässlich eines persönlichen Jubiläums

21. September (RK) Vizebürgermeister Felix Slavik vollendet nächste Woche, am 28. September, seine 10jährige Amtszeit als städtischer Finanzreferent. Aus diesem Anlaß bringt das offizielle Organ der Bundeshauptstadt "Stadt Wien" in seiner neuen Nummer "anstelle einer Würdigung" ein Interview. Im folgenden der Wortlaut:

"Stadt Wien": Herr Vizebürgermeister Slavik, Sie sind seit zehn Jahren Amtsführender Stadtrat für Finanzwesen. Vorher waren Sie Abgeordneter zum Nationalrat, also in der Bundespolitik tätig. Aber noch früher arbeiteten Sie ebenfalls bereits in der Wiener Kommunalpolitik. Sie waren 1945 Stadtrat für das Wohnungswesen, Sie waren Sekretär des Österreichischen Städtebundes, Sie waren Wiener Bundesrat. Andere Politiker kamen ebenfalls aus der Bundespolitik in die Gemeindepolitik. Kurz gesagt: Finden Sie, daß Kommunalpolitik geringer einzuschätzen ist als die "große Bundespolitik"?

. / .

Slavik: Ich war nie ausschließlich in der Bundespolitik tätig. Seit 1945 bin ich mit der Politik der Wiener Gemeindeverwaltung auf das engste verbunden; wie schon festgestellt wurde, als Amtsführender Stadtrat, als Städtebund-Sekretär, später als Wiener Sekretär der Sozialistischen Partei Österreichs. Ich habe an allen Finanzausgleichsverhandlungen seit 1945 mitgearbeitet und kenne daher die Probleme der Wiener Stadtverwaltung seit den ersten Tagen nach Kriegsende. Nach meiner Auffassung wäre es sehr zweckmäßig, wenn jeder Bundespolitiker zuerst die Probleme der Gemeinden und anschließend dann die Probleme der Länder kennenlernte. Erst wenn er mit diesen Problemen vertraut ist, bringt er die richtigen Voraussetzungen mit, um in der Bundespolitik unter Berücksichtigung unseres staatlichen Aufbaues erfolgreich wirken zu können. Die Kommunalpolitik muß am unmittelbarsten mit der Bevölkerung den Kontakt pflegen, und ich bin deshalb der Meinung, daß die Kommunalpolitik einfach die fundamentale Grundlage für den demokratischen Aufbau unseres Staates bildet.

"Stadt Wien": Trotzdem: Vor etlichen Jahren hat man einmal darüber gesprochen, im Falle eines Falles könnte der nächste Bundesfinanzminister Felix Slavik heißen. Haben Sie gegenwärtig die Absicht, wieder einmal in die Bundespolitik zu gehen?

Slavik: Dieses Gerücht war mir bekannt: Ich habe aber in keinem Zeitpunkt meine Bereitschaft erklärt, die Funktion eines Bundesministers für Finanzen zu übernehmen. Es ist auch zu keiner Zeit an mich eine konkrete Frage oder ein konkreter Vorschlag herangetragen worden. Ich glaube, diese Meinung hat sich

aus meiner Funktion als Finanzreferent der Stadt Wien und aus meiner politischen Tätigkeit, die die Gemeinde-, Länder- und Bundespolitik umfaßt, bei einem Teil der Bevölkerung herausgebildet.

"Stadt Wien": Wir haben schon einleitend angedeutet, daß die Wiener Kommunalpolitik in der Zeit Ihres Wirkens als Finanzreferent große Aufgaben zu bewältigen hatte. Welche Probleme scheinen Ihnen rückschauend als die schwierigsten? Worin sehen Sie Ihren größten Erfolg?

Slavik: Im Jahr 1957, also verhältnismäßig bald nach Abschluß des Staatsvertrages, habe ich das Finanzressort übernommen. Daraus ergibt sich, daß es gerade in dieser Zeit notwendig war, die finanziellen Beziehungen zum Bund, zu den Ländern und Gemeinden auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. Ich habe es als eine meiner größten Aufgaben angesehen, sobald wie möglich die Voraussetzungen für einen über mehrere Jahre geltenden Finanzausgleich zu schaffen. Die Verhandlungen konnten erfolgreich abgeschlossen werden, und ich freue mich noch heute darüber, daß es damals gelungen ist, zu einem Finanzausgleich zu kommen, der - ursprünglich auf fünf Jahre abgeschlossen - dann noch weiter verlängert werden konnte, weil er sich als eine gerechte Lösung dargestellt hat.

Als meinen persönlich schönsten Erfolg betrachte ich die Neue Wiener Wohnbauaktion, mit deren Hilfe es gelungen ist, den Bau von nun bald 20.000 Wohnungen außerhalb des ursprünglichen Wohnbauprogramms möglich zu machen. Als den größten Erfolg betrachte ich, daß es trotz allen Schwierigkeiten, die im Lauf der Jahre aufgetreten sind, gelungen ist, die Finanzen der Stadt Wien in Ordnung zu halten.

"Stadt Wien": Mit der Übernahme des Finanzreferates durch Sie wurde auch mit etlichen Tabus der damaligen Wiener Finanzpolitik gebrochen. Unter Ihrer Amtsführung wurde zum Beispiel zum erstenmal der Anleihe-Weg beschritten. Besteht dabei die Gefahr einer "Verschuldung" für Wien, wie sie zum Beispiel für andere europäische Großstädte zu einem ernststen Problem geworden ist?

Slavik: Es ist richtig, daß während meiner Amtsführung die Aufnahme von Anleihen für die Wiener Stadtwerke möglich wurde. Die Hoheitsverwaltung der Stadt Wien mußte jedoch bisher keine Kredite oder Anleihen für ihren eigenen Bedarf aufnehmen. An diesem Grundsatz möchte ich, solange es möglich ist, festhalten! Anders lag und liegt die Situation für die Wiener Stadtwerke. Bei den E-Werken, Gaswerken und bei den Verkehrsbetrieben hat es sich als notwendig erwiesen, die Investitionstätigkeit für die Modernisierung der Betriebe wesentlich zu verstärken. Die Finanzierung dieser Modernisierung aus eigenen Erträgen hätte dazu geführt, daß die Bevölkerung in Form von wesentlich höheren Tarifen unmittelbar zur Finanzierung hätte herangezogen werden müssen. Der Grundsatz, den wir jedoch für das große Investitionsprogramm aufgestellt haben und der auch heute noch gilt, erfordert, daß die Investitionen, die mit Hilfe von Fremdmitteln durchgeführt werden, so viel an Ausgaben einsparen oder so viele Mehreinnahmen bringen, daß aus diesen Erträgen die Zinsen und die Rückzahlungen abgedeckt werden können. Damit haben wir praktisch nur eine Vorfinanzierung der Investitionen durchgeführt, ohne die Bevölkerung zusätzlich belasten zu müssen. Eine Verschuldung für die Stadt Wien, wie sie bei den meisten europäischen Großstädten festzustellen ist, besteht für unsere Stadt derzeit nicht!

"Stadt Wien": Andererseits wird Ihnen beziehungsweise der Stadt Wien von verschiedenen Seiten die sogenannte Rathaus-Milliarde vorgeworfen. Wäre es denkbar oder besser, wäre es Ihrer Ansicht nach zu vertreten, zur Verbesserung der Verhandlungsposition mit dem Bund diese Reserve anzugreifen und auszugeben?

Slavik: Die "Rathaus-Milliarde" spukt immer wieder in vielen Köpfen herum, wobei sich viele Menschen wahrscheinlich unter einer Milliarde kaum mehr etwas Konkretes vorstellen können. Das Budget der Hoheitsverwaltung liegt derzeit bei ungefähr zehn Milliarden Schilling, das bedeutet, daß monatlich zwischen 800 und 900 Millionen Schilling ausgegeben werden müssen.

Die sogenannte Rathaus-Milliarde deckt daher nur den Aufwand von etwas mehr als einem Monat. Wenn ich einen Vergleich mit einem privaten Haushalt ziehen darf, so bedeutet das, daß ein Familienerhalter mit einem jährlichen Einkommen von zum Beispiel 36.000 Schilling auf der Sparkasse einen Betrag von 3.000 Schilling liegen hat.

Ich bin der Meinung, daß die Rücklage der Stadt Wien für die Finanzverwaltung und damit auch für die Wiener Bevölkerung große Vorteile mit sich bringt. Vor allem aber gewährleistet sie die Sicherheit, daß Rechnungen auch jederzeit tatsächlich bezahlt werden können, was dem Vernehmen nach nicht überall in Österreich der Fall sein soll.

"Stadt Wien" Damit sind wir bei der Zukunft. Eine große Frage gelassen ausgesprochen: Wie sehen Sie die finanzielle Zukunft der österreichischen Bundeshauptstadt? Worin liegen Ihrer Meinung nach die größten Probleme, worin die größten Aufgaben der Stadt Wien in den nächsten Jahren?

Slavik: An die Stadt Wien treten ununterbrochen große Aufgaben heran. Eine Vorschau auf die nächsten Jahre ergibt, daß zu den bisherigen Aufgaben (wie Wohnbau, Straßen- und Brückenbau, die Errichtung von Kindergärten, Parkanlagen, Spitälern usw. usw.) neue Aufgaben hinzukommen. Im Vordergrund steht derzeit der Bau einer U-Bahn, für den (auf der derzeitigen Preisbasis) sieben Milliarden erforderlich sein werden, und die Schaffung eines absoluten Hochwasserschutzes für Wien, bei dem mit 2,5 bis 3 Milliarden Schilling gerechnet wird. Dazu kommen die Probleme der Abwasserreinigung, der Luftverunreinigung und das Parkproblem. Zweifellos steht damit die Stadt Wien nicht nur vor großen Aufgaben, sondern auch vor schweren finanziellen Belastungen. Nirgends in der Welt muß eine Hauptstadt so große Probleme allein lösen. Auch in Österreich kann und darf es nicht anders sein. Bei der Lösung der Verkehrsprobleme, bei der Schaffung des Hochwasserschutzes und beim Bau der U-Bahn muß die Republik Österreich einen angemessenen Beitrag leisten. Ich hoffe, daß die Verhandlungen mit dem Bund zu einem für alle Teile befriedigenden Abschluß gebracht werden können.

. / .

"Stadt Wien": Das sind wohl wirklich große Aufgaben für Wien und alle Wiener. In diesem Zusammenhang die letzte Frage: Allein oder gemeinsam? Mit anderen Worten: Wird die Rathaus-Koalition von Ihnen als der bessere Weg betrachtet, um große Probleme zu lösen oder sehen Sie in politischer Handlungsfreiheit den größeren Vorteil?

Slavik: Es ist für mich seit dem Beginn meiner politischen Tätigkeit immer selbstverständlich gewesen, daß das Zusammenwirken aller Bevölkerungskreise für eine Demokratie der beste Weg ist, um zu Erfolgen zu gelangen. Ich bin auf allen Gebieten der Politik und der Wirtschaft der Auffassung, daß das Konfrontieren von Ideen und Gedanken zwar etwas kompliziert und schwierig ist, aber doch in den meisten Fällen zu den besten Lösungen führen wird. Auch für das Wiener Rathaus verrete ich die gleiche Auffassung.

Ich halte die Zusammenarbeit für nützlich und zweckmäßig und bin daher der Meinung, daß die Rathaus-Koalition aufrecht erhalten werden soll. Die politische Handlungsfreiheit wird uns derzeit auf Bundesebene vorexerziert. Ich halte sie nicht für ein nachahmenswertes Beispiel.

"Stadt Wien": Wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihnen und uns weiterhin eine erfolgreiche Tätigkeit für diese Stadt in Zusammenarbeit mit allen Wienern.

- - -

Wiener Pionierleistungen in der Nuclearmedizin
=====

21. September (RK) Heute vormittag wurde im großen Hörsaal des neuen Institutsgebäudes der Wiener Universität die diesjährige Jahrestagung der Gesellschaft für Nuclearmedizin durch Bürgermeister Bruno Marek eröffnet. Zu diesem bedeutsamen Kongreß kamen rund 500 Fachleute aus zahlreichen ost- und westeuropäischen Ländern, sowie aus Übersee.

Zur Begrüßung der Tagungsteilnehmer hielt der Wiener Bürgermeister folgende Ansprache:

"In den zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg mußten wir oft genug Stimmen vernehmen, die von einem verminderten Ansehen der österreichischen Medizin sprachen und behaupteten, der Glanz der Wiener Schule gehöre der Vergangenheit an. Allein schon die Tatsache, daß diese Tagung hier in Wien stattfindet, kennzeichnet diese Meinung als Irrtum.

Es erfüllt uns mit berechtigtem Stolz, daß Wien schon seit dem Jahre 1951 an der Zweiten Medizinischen Universitätsklinik ein Isotopenlaboratorium besitzt. Die Errichtung dieses Instituts bedeutete damals eine Pionierleistung auf dem europäischen Kontinent. Seither hat sich die Anwendung der radioaktiven Isotope auf allen Gebieten der Medizin, in Forschung, Diagnostik und Therapie zum Segen der Patienten in einem Ausmaß entwickelt, das wir vor 15 Jahren nicht ahnen konnten. Die Gründung des Wiener Isotopenlaboratoriums bedeutete damals eine vorausschauende Tat, mit der die neue "Wiener Schule" würdig an den Ruf und die Leistung ihrer Vorgänger anknüpfte.

Daß Sie, meine Damen und Herren, heute aus elf Ländern hier zusammengekommen sind, um ihre Erfahrungen auszutauschen und neue Wege zu suchen, beweist mir, daß die Arbeit der Wiener Kliniken auch im Ausland die gebührende Anerkennung findet und daß die österreichische medizinische Wissenschaft ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen braucht.

Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, die Dankbarkeit der Stadt Wien dafür ausdrücken, daß Sie durch Vermehrung und Verfeinerung der diagnostischen Methoden und der Heilungsmöglichkeiten medizinisches Neuland beschritten haben und vielen Kranken entscheidende Hilfe bringen konnten, die diese ohne ihre Tätigkeit hätten entbehren müssen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie so viele Anregungen mit nach Hause nehmen, daß in Ihnen der Wunsch lebendig wird, so bald wie möglich wieder zu kommen!"

Zu Ehren der Teilnehmer an der 5. Jahrestagung der Gesellschaft für Nuclearmedizin gibt die Stadt Wien heute abend einen Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses, bei dem Bürgermeister Bruno Marek die Mediziner abermals willkommen heißen wird.

- - -

Stadtrat Bock erwägt Seminar für Gemeindebedienstete
=====

21. September (RK) Anlässlich eines Mittagessens für Beamte der Hamburger Stadtverwaltung erklärte Personalstadtrat Bock, er stelle schon seit geraumer Zeit Überlegungen an, auch für Angehörige des Wiener Verwaltungsdienstes ähnliche Seminarien einzuführen, wie dies die Hansestadt Hamburg tut.

Die Vermenschlichung der Verwaltung, erklärte Bock, könne niemals von den Vorschriften und vom geschriebenen Wort, sondern immer nur vom Menschen herkommen, der auch im Verwaltungsdienst immer Mensch bleiben müsse.

Aus diesem Grund sei es sicher erstrebenswert, wenn - wie es ja bisher in Einzelfällen schon geschehen ist - Wiener Gemeindebedienstete gruppenweise für einige Zeit die Möglichkeit erhielten, die Tätigkeit anderer Stadtverwaltungen näher kennenzulernen - ganz abgesehen von der Erweiterung des Horizonts, den der Kontakt mit Menschen aus anderen Gegenden und mit anderen Sorgen biete.

- - -

Schwedische Bundesbahn-Sportler zu Besuch in Wien
=====

21. September (RK) Auf Einladung des Sportvereins der Österreichischen Bundesbahn hält sich gegenwärtig eine Gruppe von **schwedischen** Bundesbahn-Sportlern in Wien auf, um in erster Linie die Sporteinrichtungen unserer Stadt, aber auch alle anderen Sehenswürdigkeiten des alten und neuen Wien kennenzulernen. Die sportbegeisterten Eisenbahner sind in der nord-schwedischen Stadt Vännäs, die rund 400 Kilometer südlich des Polarkreises liegt, beheimatet.

Gestern statteten die schwedischen Gäste auch dem Wiener Rathaus einen Besuch ab, wo sie im Roten Salon von Stadtrat Rudolf Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters herzlich willkommen geheißen wurden. Unter den Gästen konnte der Stadtrat auch den Vizebürgermeister von Vännäs, Ture Nyström, sowie mehrere leitende Beamte der ÖBB-Gneraldirektion begrüßen; seitens des Österreichischen Bundesbahn-Sportvereins war der Präsident der Sportsektion "Beschaffungsdienst", Johann Westermayer, mitgekommen. Zur Erinnerung an den Wien-Besuch ließ Stadtrat Sigmund den Gästen Wien-Broschüren überreichen.

- - -

Donau-Oder-Kanal: Wichtig für Österreichs Volkswirtschaft
=====Wien urgiert österreichische Initiative für
internationale Wasserstraße

21. September (RK) Von großer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung des Wiener Hafens sind die projektierten Wasserstraßen zwischen Rhein-Main-Donau und Donau-Oder-Elbe. Besonders der Donau-Oder-Kanal, dessen Bau während des Krieges begonnen, aber bald wieder eingestellt wurde, könnte der wirtschaftlichen Entwicklung des Wiener Raums starke Impulse verleihen. Einem Beschluß der Internationalen Donaukommission zufolge soll der Strom in den nächsten Jahren für Hochseeschiffe bis zu 3000 Bruttoregistertonnen schiffbar gemacht werden. Jene Schiffe, die aus den südöstlichen Donaustaaten kommen und eine gewisse Tonnage überschreiten, müßten daher den Hafen Preßburg oder den Wiener Hafen anlaufen und hier jene Waren umladen, die für den Westen bestimmt sind.

Gibt es einmal den schon seit rund 100 Jahren geplanten Verbindungskanal zwischen Wien-Lobau und der ausgebauten March, würde dies eine wesentliche Verkürzung des Wasserweges zwischen dem östlichen und westlichen Wirtschaftsraum bedeuten. Jene Schiffe, die, vom Donau-Oder-Kanal kommend die Donau stromaufwärts benützen wollen, würden dann auf jeden Fall den Hafen Wien anlaufen. Österreichs Bundeshauptstadt würde dadurch als Warenumsschlagplatz an Bedeutung wesentlich gewinnen.

Da sich die Tschechoslowakei gegenwärtig wieder intensiver mit dem Kanal-Projekt befaßt, müßten auch österreichischerseits alle Vorkehrungen getroffen werden, um den Bau des Stichkanals zwischen Donau und March sobald wie möglich aufnehmen zu können.

Insgesamt würde es sich dabei nur um eine Strecke von rund 37 Kilometer handeln. Das etwa 12 Kilometer lange Stück vom Hafen Lobau bis zum Sachsengang ist fertig. Gewisse Schwierigkeiten dürfte der Umstand bereiten, daß die Ufer der auf niederösterreichischem Boden befindlichen Kanalstrecke zum Teil besiedelt wurden.

Hafenbetriebsgesellschaft urgierte

Da nach Fertigstellung der beiden Kanalprojekte Rhein-Main-Donau und Donau-Oder-Elbe an den Wiener Hafen wesentlich größere Anforderungen gestellt werden, wurde vor einigen Jahren die Wiener Hafenbetriebsgesellschaft ins Leben gerufen. Sie nimmt seither alle Interessen Wiens wahr, soweit sie auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt liegen. Vor allem wurde ein weit vorausschauender Plan für den Ausbau der Wiener Hafenanlage entwickelt. Vieles davon ist bereits realisiert, wie etwa die sehr leistungsfähigen, technischen Einrichtungen im Ölhafen Lobau mit der Tankerreinigungsanlage, oder die Modernisierung des Getreidehafens in Albern. Am Stückguthafen Freudenu entstand die Zollfreizone Wien als östlichste Anlage dieser Art innerhalb des westeuropäischen Wirtschaftsraumes.

Die Wiener Hafenbetriebsgesellschaft hat auch jede sich ihr bietende Gelegenheit benützt, um alle zuständigen Stellen auf die Dringlichkeit des Donau-Oder-Kanal-Projekts hinzuweisen. Leider hat man sie zu den zwischenstaatlichen Gesprächen über dieses Thema nicht beigezogen. Sie erfuhr beispielsweise erst durch die Presse von einer Tagung über die wirtschaftlichen Aspekte der Donau-Oder-Verbindung, die Anfang Dezember 1965 in Prag stattfand. Die Wiener Hafenbetriebsgesellschaft wandte sich daher Anfang 1966 an das Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft als oberste Schifffahrtsbehörde mit der Bitte, sie künftigen Besprechungen dieser Art ebenfalls beizuziehen. Trotzdem wurde sie auch zur zweiten Tagung der mit dieser Frage befaßten internationalen Studienkommission, die vom 20. bis 22. September 1966 in Prag stattfand, nicht eingeladen. Auch Interventionen bei der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft blieben erfolglos.

Wien, das in allen Fragen der Donauschifffahrt von der Hafenbetriebsgesellschaft vertreten wird, hat ein eminentes Interesse an der Realisierung des Verbindungskanals, der in der Lobau von der Donau abzweigen und etwa 25 Kilometer nördlich von Preßburg in die March, das heißt also in den Hauptarm des Donau-Oder-Kanals münden soll.

Fernschreiben an den Bundeskanzler

In diesem Zusammenhang ist auch ein Fernschreiben zu erwähnen, das Vizebürgermeister Felix Slavik in Vertretung des Wiener Bürgermeisters Anfang September an Bundeskanzler Dr. Josef Klaus gerichtet hat. In der Note heißt es:

"Nach Meldungen der Tageszeitungen sollen ab 5. September 1967 Verhandlungen zwischen Österreich und der CSSR über ein Grenzkraftwerk an der Marchmündung und den Bau des Donau-Oder-Kanals aufgenommen werden.

Ich gestatte mir, aus diesem Anlaß das Memorandum in Erinnerung zu bringen, in welchem für die Stadt Wien lebenswichtige Fragen zusammengefaßt sind. Das Memorandum wurde Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, am 10. April 1967 nach Ihrem Besuch bei der Wiener Landesregierung überreicht. Auf Seite 4 des Memorandums ist folgender Wunsch der Stadt Wien ausgesprochen:

'Die Wiener Stadtverwaltung richtet an die österreichische Bundesregierung das dringende Ersuchen, bei internationalen Verhandlungen bezüglich des Baues des Donau-Oder-Kanals die Interessen der Stadt Wien wirksam zu vertreten. Es wäre der Wunsch der Stadt Wien, daß der Donau-Oder-Kanal dem bisherigen teilweisen Ausbau entsprechend bei Wien in die Donau mündet.'

Ich ersuche Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, veranlassen zu wollen, daß Vertretern des Bundeslandes Wien Gelegenheit gegeben wird, an den Verhandlungen teilzunehmen und dabei die Interessen der Bundeshauptstadt zu vertreten, um deren Unterstützung ich im Namen der Wiener Landesregierung nochmals ersuche."

- - -

Neues St. Marx auf Grund internationaler Erfahrungen
=====

21. September (RK) Im Gemeinderatsausschuß für Wirtschaftsangelegenheiten informierte heute Stadtrat Dr. Pius Prutscher über die Vorbereitungsarbeiten für das neue St. Marx, für das, wie die "Rathaus-Korrespondenz" bereits berichtete, die Detailplanungen nunmehr beginnen. Der Wiener Wirtschaftstadtrat bezeichnete den Schlachthofbau als besonders vorrangig und zwar wegen der hygienischen Verhältnisse, wegen der körperlichen Sicherheit der Beschäftigten, um die sogenannte EWG-Nummer für Export-Schlachtungen zu erhalten, wegen der Seuchenschlachtungen und der Bewältigung der Importschlachtungen.

Der Stadtrat berichtete unter anderem, daß das Architektenteam, das mit der Detailplanung beauftragt werden soll, den Schlachthof in zwei Varianten planen solle, und zwar als Minimallösung und als Maximalvariante für eine weitere Ausbaustufe. Erhebungen haben nämlich ergeben, daß in der Umgebung Wiens eine ganze Reihe von größeren und kleineren Schlachtstätten neu gebaut, modernisiert und erweitert wurden. Erfahrungen im Ausland haben gezeigt, daß die kommunalen Schlachthöfe immer stärker durch die Konkurrenz von gewerkschaftlichen Schlachthöfen zu leiden haben. In Skandinavien haben diese Art von Schlachthöfen bereits mehr als 90 % der Produktion auf sich konzentriert. Der kommunale Schlachthof in Kopenhagen wird in einigen Jahren schließen. Im Schlachthof Nürnberg ist innerhalb weniger Jahre die Leistung von 250.000 Schweinen auf 200.000 Schweine gesunken. Alle diese Erfahrungen müssen berücksichtigt werden, um Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Deshalb sollen dem Architektenteam auch Spezialisten für Schlachthöfe beigegeben werden und zwar die Architekten Hornung, Bundesrepublik Deutschland, für den baulichen Bereich und Wernberg, Dänemark, für den Betriebsablauf und die Inneneinrichtung. Dabei sollen geeignete Maßnahmen getroffen werden, um die zweckmäßigste billigste und schnellste Durchführung des Projektes zu garantieren.

Notwendig erscheint es auch, auf Grund der derzeit vorliegenden Kostenschätzungen unter Berücksichtigung ausländischer und inländischer Beispiele die künftigen Betriebskosten des neuen Schlachthofes zu ermitteln.

Das neue Wiener Schlacht- und Fleischzentrum in St. Marx wird aber nicht nur für den Wirtschaftsraum innerhalb der Stadtgrenzen errichtet. Deshalb sollen mit dem Landwirtschaftsministerium, der Landwirtschaftskammer und dem Land Niederösterreich Verbindung aufgenommen werden.

Zur Begutachtung soll auch ein Fachmann der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen eingeladen werden. Bürgermeister Marek hat auf Vorschlag von Stadtrat Dr. Prutscher das Landwirtschaftsministerium als dafür zuständige Stelle in einem Brief gebeten, einen Beamten der F.A.O. zu Besprechungen in dieser Frage nach Wien einzuladen.

- - -

Schulwegpolizei war erfolgreich
=====

21. September (RK) Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer dankte heute in einer Feierstunde im Großen Sitzungssaal des Stadtschulratsgebäudes 126 Wienerinnen und Wienern, die sich in vergangenen Schuljahr als Schulwegpolizisten zur Verfügung stellten, für ihren selbstlosen und mühevollen Einsatz.

Ehrengäste der Feierstunde waren in Vertretung des im Ausland weilenden Polizeipräsidenten Polizeivizepräsident Dr. Seutter, Hofrat Dr. Baum und Polizeioberkommissär Buxbaum.

Präsident Dr. Neugebauer konnte darauf hinweisen, daß die Tätigkeit der Schulwegpolizisten von großem Erfolg begleitet war. Die Zahl der Unfälle auf dem Schulweg ist, wie die Statistik beweist, augenscheinlich zurückgegangen. Polizeivizepräsident Dr. Seutter und Hofrat Dr. Baum wandten sich ebenfalls an ~~die erschi:nenen~~ Schulwegpolizisten, um ihnen im Namen des Polizeipräsidenten für ihre Hilfe zu danken. Da es leider wegen des drückenden Personalmangels nicht möglich ist, alle Kinder an den gefährlichen Straßenübergängen zu beschützen, bedeutet die Unterstützung der Schulwegpolizisten eine unerschätzbare Hilfe.

Präsident Dr. Neugebauer richtete bei dieser Gelegenheit an alle Eltern die dringende Bitte, sich der Kinder, die im Straßenverkehr von heute besonders bedroht sind, auch in Zukunft, und wenn es möglich ist, noch mehr als bisher, schützend anzunehmen.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

21. September (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gurken 1.50 bis 2 S, Paradeiser 3 S je Kilogramm, Paprika 20 g bis 120 Schilling je Stück.

Obst: Birnen 3 bis 6 S, Pfirsiche 6 bis 8 S, Weintrauben 5.80 bis 7.60 S je Kilogramm.

Wiener Symphoniker vor großer Konzertreise
=====

21. September (RK) Kulturstadträtin Gertrude Sandner, Präsidentin der Wiener Symphoniker und Generalmusikdirektor Wolfgang Sawallisch erläuterten heute vor der österreichischen Presse die Welttournee, die die Wiener Symphoniker mit 102 Musikern vom 28. September bis 14. November unternehmen werden. Diese Konzertreise beginnt im Osten der Vereinigten Staaten, wo die Wiener Symphoniker keine Unbekannten mehr sind. Von dort geht es nach Kalifornien und anschließend in den hohen Norden, nach Alaska. Eine zwölfwägige Konzertserie in Japan beschließt die Tournee.

Wolfgang Sawallisch betonte vor den Journalisten, daß das Konzertprogramm auf österreichische Komponisten der Vergangenheit und der Gegenwart abgestellt sei. Zum Programm gehören die 5. und 8. Symphonie von Beethoven, die Linzer Symphonie von W.A. Mozart, Werke von Richard Strauß und Gustav Mahler. Als überraschend bezeichnete es Sawallisch, daß die selten gespielte 6. Symphonie von Franz Schubert von den Konzertagenturen nicht weniger als 16mal verlangt wurde.

In Japan werden zwei Konzerte nur den Werken der Familie Strauß gewidmet sein. Tokio und Osaka sind die Schauplätze dieser Demonstration echter österreichischer Musik.

Den Bogen zur Gegenwart spannen die Wiener Symphoniker mit einem Werk von Alfred Uhl, das über Bitte von Wolfgang Sawallisch vom Komponisten eigens für diese Tournee geschrieben wurde. Das "concerto a ballo" in vier Sätzen wird seine Welturaufführung in den Vereinigten Staaten erleben.

Am 24. Oktober werden die Symphoniker im Gebäude der Vereinten Nationen vor den Delegierten der UNO konzertieren. Stadträtin Sandner betonte, sie sei glücklich, daß der Traum der Welttournee nunmehr verwirklicht werden könne. "Unsere besten Wünsche werden die Wiener Symphoniker um die Welt begleiten", sagte sie.

Die Stadträtin wies besonders darauf hin, daß an dieser Tournee keine Sekretäre und Direktoren teilnehmen, was gerade deshalb besonders beispielhaft sei, weil oft bei ähnlichen Veranstaltungen auf zwölf Aktive 13 Funktionäre kommen.

Zum Schluß der Pressekonferenz richtete der Obmann des Direktionsrates, Professor Dr. Alfred Mitringer, die Bitte an die Journalisten, für eine gerechte Würdigung dieser Konzertreise zu sorgen. Er gab bekannt, daß ein Vertreter der Austria Presse-Agentur das Orchester begleiten werde, darüber hinaus aber auch ein Team des österreichischen Fernsehens, welches einen Film von dieser Tournee drehen soll.

- - -

Schweinenachmarkt vom 21. September

=====

21. September (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzufuhren
Inland: 34. Ausland: Rumänien 150, Ungarn 630, DDR 198,
Summe: 1012. Hauptverkehr ruhig.

Preise: DDR 15.10 bis 15.80 S, Rumänien 15 bis 15.50 S,
Ungarn 15.20 bis 16.30 S. Der Durchschnittspreis für ungarische
Schweine beträgt 15.80 S.

- - -

Rindernachmarkt vom 21. September

=====

21. September (RK) Kein Auftrieb.

- - -

Pferdenachmarkt vom 21. September

=====

21. September (RK) Kein Auftrieb.

- - -